



Hamburgs-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 34

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Str. 1. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg, den 21. August 1915

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Normalzeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der Beitrag ist stets vorher einzulösen).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

29. Jahrg.

Betrachtungen zum Abschluß des zweiten Quartals.

Es wäre verfrüht, wenn wir schon jetzt aus all den vielen Beobachtungen, die wir in dieser ereignisreichen Zeit anzustellen vermögen, abschließende Folgerungen für unser zukünftiges Wirken ziehen wollten. Das aber läßt sich nach dem ersten Kriegsjahr bestimmt voraussagen: unsere Organisationen werden aktionsfähig bleiben, so groß auch die sie umgebenden Nöte und Gefahren sind. Sie können wohl, wie alle auf einen normalen Verlauf des Wirtschaftslebens angewiesenen Faktoren und organisatorischen Gebilde, vorübergehend geschwächt, nicht aber ernstlich erschüttert werden. Das zeigen der uns vorliegende Abschluß der Mitgliederbewegung vom 1. Juli und der in der heutigen Nummer veröffentlichte Massenbericht vom zweiten Quartal deutlich.

Unser Verband hatte am 1. Juli dieses Jahres noch 18 887 Mitglieder. Das ist gegenüber dem Schluß des Jahres 1913, wo wir 44 842 und gegen Ende des zweiten Quartals 1914, wo wir 47 280 Mitglieder feststellten, ein recht erheblicher Rückgang. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß sich bisher nicht weniger als 90 044 Mitglieder zum Kriegsdienst bei ihren Filialen abmeldeten — in den letzten sechs Monaten allein wieder 6269 — ohne die sicher auf einige Tausend zu schätzenden Kollegen, die unabgemeldet zum Militär gingen. Beachten wir ferner die ungünstigen sozialen Verhältnisse im allgemeinen und die schlechten Erwerbsverhältnisse unseres Berufes im besonderen, den großen Verlust von Kollegen, die in andern Berufen Unterkommen fanden, so erblicken wir den geringen Mitgliederstand in einem wesentlich günstigeren Lichte. Es konnten seit Beginn des Jahres 1915 nur 2109 Mitglieder neu aufgenommen werden, gegen 11 000 im gleichen Zeitraum des Vorjahres, in dem wir noch im Frieden lebten. Es fehlen jetzt eben die wesentlichsten Vorbedingungen für unsere sonst unausgeseht betriebene Arbeit zur Ausfüllung der Lücken, die selbst in normalen Zeiten besonders infolge unserer unständigen und zerstreuten Arbeitsverhältnisse in unsere Reihen gerissen werden; vor allem fehlt uns jetzt ein größeres Rekrutierungsgebiet. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß nicht manche Filialen auch gegenwärtig weit mehr Werbearbeit leisten könnten, als in Wirklichkeit geleistet wird.

Die gleiche, wenn nicht noch größere Bedeutung wie unserem Mitgliederstand kommt der finanziellen Entwicklung unseres Verbandes zu. Denn wenn unsere Mitglieder, soweit sie durch den Kriegsdienst nicht ihr Leben opfern müssen, wieder zurückkehren, werden sie größtenteils hohe Ansprüche an die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung stellen. Aber auch die zurückgebliebenen, gegenwärtig meist noch vollbeschäftigten Kollegen müssen später, wenn sich der Arbeitsmarkt füllt, während das Wirtschaftsleben noch nicht in Fluß kommen will, die Organisation stark in Anspruch nehmen. Und wer möchte wohl glauben, daß uns später wirtschaftliche Kämpfe erspart bleiben? Also brauchen wir in allererster Linie gute Massenverhältnisse. Zudem wird, wenn erst normale Zustände bestehen, unser früherer Mitgliederstand schneller wieder anzuwerben sein als etwa eine gegenwärtig bis zur Reize geleerte Verbandsliste unter den Folgen der Kriegszeit wieder angefüllt werden könnte.

Wir schlossen das Jahr 1914 mit einem Vermögen von M. 552 518 in der Hauptkasse und M. 176 966 in den Filialkassen ab. In der Hauptsache auf diese Summen gestützt, denn große laufende Ueberschüsse sind jetzt nicht zu erhoffen, setzen wir am 1. April unser Statut und damit insbesondere die Arbeitslosenunterstützung, zunächst zu 66 pSt., in Kraft. Für diese wurden jedoch im 2. Quartal nur M. 157 ausgezahlt (M. 420 kamen noch vom Winter her zur Verrechnung). Diese geringe Summe erklärt sich durch die vorläufig noch unbedeutende Arbeitslosigkeit, vor allem aber dadurch, daß die meisten Mitglieder seit dem 1. April 1915 für einzelne Wochen beitragsfreie Marken, also zunächst seit dieser Zeit noch nicht 104 Beiträge entnommen hatten.

Entgegen der geringen Summe für Arbeitslosenunterstützung wurden aber M. 25 489,85 (für 14 925 Tage) Krankenunterstützung ausgegeben, und zwar M. 8505,85 (4874 Tage) für die 1. Klasse, M. 1981,50 (1821 Tage) für die 2. Klasse und M. 19 914,76 (8861 Tage) für die 3. Klasse. Es wurde also auch jetzt wieder, wie vor Auserkrafsetzung des Statuts, die Krankenunterstützung hauptsächlich von den Mitgliedern der 3. Klasse in Anspruch genommen. Während die geleisteten Beiträge im zweiten Quartal für die 1. Klasse 67 pSt., für die 2. und 3. Klasse aber nur 87 pSt. betragen, machte die Krankenunterstützung in der 1. Klasse 81 pSt., in der 2. und 3. Klasse aber 69 pSt. der Gesamtkrankenunterstützung aus. Allerdings ist dabei zu beachten, daß die vom ersten Quartal herrührenden Beitragsrückstände im zweiten Quartal noch durch Marken der ersten Klasse beglichen wurden, weil der höhere Beitrag erst von der vierzehnten Woche an zu leisten war. Im dritten Quartal wird sich der Prozentsatz der in der 2. und 3. Klasse geleisteten Beiträge noch wesentlich erhöhen und dadurch das Verhältnis zu den geleisteten Unterstühtungen sich bessern, weil dann Nachzahlungen für das vorhergegangene Quartal durch höhere Beiträge erfolgen. Bemerkenswert ist vor allem, daß ein großer Teil unserer Mitglieder wieder die Beiträge der höheren Klassen entrichtet, um sich deren höhere Leistungen zu sichern.

Bei dem Lohnkampfe im Jahre 1913 haben viele Filialen der Hauptkasse gehörende Gelder als Zuschuß zur Streikunterstützung verwandt, die ihnen selbstverständlich als Schulden angerechnet wurden. Es betragen die Schulden der Filialen Ende 1913 nicht weniger als M. 106 490,70. Im Jahre 1914 bemühte sich eine größere Anzahl Filialen redlich, ihre Verbindlichkeiten abzutragen, andere dagegen wirtschafteten weiter mit Unterbilanz. So hatten sich im Laufe des Jahres 1914 die Schulden der Filialen bei der Hauptkasse um M. 16 416,84 auf M. 89 074,86 ermäßigt.

In den beiden ersten Quartalen dieses Jahres haben sich diese Verhältnisse aber ungünstiger entwickelt, und wenn hier keine Besserung eintritt, so werden nicht nur für die in Betracht kommenden Filialen, sondern auch für die Gesamtorganisation recht unhaltbare Zustände geschaffen. Es gibt Filialen, in denen trotz bedeutend verringerter Einnahmen die gleichen Ausgaben für Filialzwecke weiter gemacht werden. Wenn solche Mehrausgaben nicht aus vorhandenem Filialvermögen bestritten werden können, so müssen wir dagegen einschreiten. In welchem Maße Gelder der Hauptkasse von den Filialen im ersten Quartal dieses Jahres verwandt wurden, zeigt das Anwachsen der Schulden von M. 89 074,86 am Schluß des Jahres 1914 auf M. 102 181,66. Trohdem auch in diesem Jahre wieder einzelne Filialen ihre Verpflichtungen herabminderten, erhöhte sich die Schuldenlast der andern um M. 18 057,80. Das zweite Quartal weist wieder eine Vermehrung der Schulden um M. 4124,85 auf.

Das erste Quartal brachte nach der in Nr. 26 des „Verbands-Anzeiger“ veröffentlichten Abrechnung der Hauptkasse M. 40 924,88 Mehreinnahmen, sie schloß aber in Wirklichkeit nur mit einem Ueberschuß von M. 4642,80 ab; das andere verbrauchten die Filialen vorläufig für ihre lokalen Zwecke.

Daß solche Zustände unhaltbar sind, muß jeder einschichtigen Filialverwaltung einleuchten. Die im Rückstande befindlichen Filialen können nicht verlangen, daß andere für sie die Mittel aufbringen, die die Hauptkasse braucht, um die rechtmäßigen Ansprüche der Mitglieder erfüllen zu können. Darum muß sich der Hauptvorstand Filialen gegenüber, welche Gelder der Hauptkasse ohne besondere Genehmigung für lokale Zwecke verwenden, bei späteren Anträgen auf Zuschuß ablehnend verhalten und unbedingt fordern, daß sie auch ihre Einnahmen in Uebereinstimmung mit ihren Ausgaben bringen.

Eine geordnete und mit den nun einmal vorliegenden Tatsachen rechnende Tätigkeit des Verbandes nach außen wie im Innern durch die Hauptverwaltung, aber auch durch jede einzelne Filiale ist jetzt nötiger als je und wird die Organisation ohne Schaden so durch die jetzige Kriegszeit hindurchleiten, daß unsere zu Beginn dieser Besprechung geäußerten Erwartungen bestimmt in Erfüllung gehen werden.

Die Grenzen der Staatsmacht.

Offenbar hat der Staatsgedanke in den letzten Jahrzehnten eine ungemein große Stärkung erfahren. Besonders tritt dies in unserm Deutschland zutage und gerade der Krieg hat es deutlich gezeigt, wie stark das Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit in allen Schichten der Bevölkerung entwickelt ist. Der Staat ist zu einem sozialen Organismus geworden, der nach innen und nach außen gefestigt dasteht: nach innen wird er zusammengehalten durch ein ineinander verschlungenes Geflecht kunstvoll erdachter Organisationen, die wie Räder in einem Automaten eins ins andere greifen, nach außen wird er gestützt durch ein Heerwesen, das die Sicherheit des Staates schützt und seinem Willen Nachdruck verleiht. Mit dem Erstarken des Staates und dem siegreichen Vordringen des Staatsgedankens in die Köpfe und Gemüter der Staatsbürger sind die Aufgaben des Staates fortwährend gewachsen und immer neue Aufgaben tauchen auf, die der Staat bewältigen muß, wenn anders er das Vertrauen seiner Angehörigen nicht verscherzen will. Denn das ist ja gerade das Merkmal: die Bevölkerung fordert mehr und dringender als je, daß der Staat nach dem Rechten sehen und die öffentlichen Angelegenheiten ordnen solle, sie empfindet die Unzulänglichkeit privater Initiative sowie die Mängel unserer staatsbürgerlichen Erziehung und Schulung, und darum erschallt immer lauter der Ruf nach dem Eingreifen des Staates, der mit seiner starken Hand Wandel schaffen müsse. Wer die Zeit seit Ausbruch des Weltkrieges mit offenen Augen erlebt hat, kennt die gesteigerten Anforderungen, die an die Organe des Staates gestellt werden.

Für einen politisch interessierten Menschen ist es äußerst lehrreich, den Umschwung zu verfolgen, den der Staatsgedanke seit hundert Jahren durchgemacht hat. Es hat Zeiten gegeben, in denen die Grenzen staatlicher Wirksamkeit sehr enge gezogen wurden, indem man die Tätigkeit des Staates auf die Abwehr gemeinschaftlicher Einflüsse beschränkte und die positive Förderung des Allgemeinwohls den Bürgern als eigene Angelegenheit zuwies. Nach der Vielregiererei und Reglementiererei der Staaten des ausgehenden Mittelalters mit ihrem aufgelärten Despotismus wurde der Gedanke weitgehendster Freiheit und Selbständigkeit das Banner, um das sich die fortgeschrittene Menschheit scharte. Man empfand es als einen unerträglichen Druck, daß der Staat in alles seine Nase steckte und alle Dinge vom fiskalischen Standpunkte aus betrachtete und behandelte, und man forderte die schrankenlose Bewegungsfreiheit und die Selbstbetätigung des Einzelmenschen. Wilhelm von Humboldt ist der Verfechter dieses Gedankens. Er erblickt den Zweck des Menschen in der Ausbildung, Ausdehnung und Entwicklung seiner eigenen Kräfte, wozu die Freiheit die erste und unerlässliche Bedingung sei: „Deshalb enthalte sich der Staat aller Sorgfalt für den positiven Wohlstand der Bürger und gehe keinen Schritt weiter, als zu ihrer Sicherstellung gegen sich selbst und gegen die auswärtigen Feinde notwendig ist. Zu keinem andern Endzweck beschränke er ihre Freiheit.“ Hier haben wir das von Lassalle als Nachwächterstaat verhöhnnte Staatsideal in Reinkultur. Auch die volksbeglückende Tätigkeit der Fürsten, die als Väter des Landes das Wohl ihrer Untertanen erstrebten, wurde abgelehnt und als entwicklungshemmend angesehen. „Der Fürst will das Volk nach seinen Begriffen glücklich machen und wird Despot“, schreibt Kant, und allmählich besetzte sich immer mehr die Ueberzeugung, daß Fürsten und Obrigkeiten ihre Hände von den öffentlichen Angelegenheiten lassen müßten. Die vom Geiste der neuen Zeit berührten Staatsmänner versuchten, die freiheitlichen Grundsätze praktisch zu verwirklichen. Der bekannte Freiherr von Stein, der Begründer und Wiederernewerer des preussischen Staates nach den Napoleonischen Kriegen, forderte in einer Denkschrift an den König: „Das zudringliche Eingreifen der Staatsbehörden in Privat- und Gemeindeangelegenheiten muß aufhören und dessen Stelle

nimmt die Tätigkeit des Bürgers ein, der nicht in Formen und Papier lebt, sondern kräftig handelt. Die Gesetze sollen den Zweck verfolgen, den Bürgervereinen tätige Einwirkung auf die Verwaltung des Gemeinwesens beizulegen und durch diese Teilnahme Gemein Sinn zu erwecken und zu erhalten." Die Geltendmachung des Einzelnen gegenüber der Macht des Staates, das Selbständigwerden des Bürgers und die Pflege des Verantwortlichkeitsgefühls — das war die Weltanschauung des neuauftretenden Kapitalismus und Liberalismus, die sich die politische Schaubühne erobern wollte. Allerdings ist diese Eroberung niemals völlig gelungen; denn dazu steht uns Deutsch der Bürokratismus viel zu sehr im Wege; dennoch aber können wir sagen, daß die bewußte und planmäßige Schwächung des Staatsgedankens jener Zeit den Stempel aufdrückte.

Wie es stets zu gehen pflegt, so ging es auch hier; denn bald machte sich eine Strömung bemerkbar, die auf eine gänzliche Verneinung des Staatsgedankens hinauslief. Die Selbstherrlichkeit des Individuums wurde gepredigt, die einzelnen sollten mobil gemacht werden gegen den Staat. Am schärfsten hat diese Weltanschauung ihren Ausdruck gefunden in dem Philosophen Nietzsche, der in seinem „Zarathustra“ gegen den „neuen Götz“ mit schwerem Geschütz zu Felde zieht: „Staat heißt das kälteste aller kalten Angeheuer. Kalt lügt es auch, und diese Lüge kriecht aus seinem Munde: Ich, der Staat, bin das Volk! Lüge ist's; denn wo es noch Volk gibt, da versteht es den Staat nicht und haßt ihn als bösen Missetäter und Sünde an Sitten und Rechten. Der Staat lügt in allen Zungen des Guten und Bösen, und was er auch redet, er lügt, und was er auch hat, gestohlen hat er's. Falsch ist alles an ihm, mit gestohlenen Zähnen beißt er, der Rüssige. Falsch sind selbst seine Eingeweide. „Auf der Erde ist nichts Größeres als ich, der ordnende Finger bin ich Gottes“, also brüllt das Antier. Und nicht nur Langgeohrte und Kurzgeohrte sinken auf die Knie. Staat nenne ich's, wo alle Gifttrinker sind, Gute und Schlimme, wo alle sich selber verlieren, wo der langsame Selbstmord aller das Leben heißt.“ In diesem Tone geht es weiter, bis dann die Menschen aufgeföhrt werden, den Staat zu zerbrechen und ins Freie zu springen; denn „dort, wo der Staat aufhört, da beginnt erst der Mensch. Dort, wo der Staat aufhört — so seht mir doch hin, meine Brüder. Seht ihr nicht den Regenbogen und die Brücke des Uebermenschen?“ Die Auffassung, daß der Staat der Feind des Menschen sei und deshalb zerbrochen werden müsse, bildet auch die Grundlage des individuellen Anarchismus, der nicht, wie der autoritäre Sozialismus, den Staat mit einem neuen Inhalt erfüllen, sondern ihn völlig abschaffen und durch das Selbstbestimmungsrecht des einzelnen und der einzelnen Gruppen ersetzen will.

Die Stellungnahme des demokratischen Sozialismus zum Staate ist eine wesentlich andere. An und für sich ist der Sozialismus kein Gegner des Staates, im Gegenteil, er fordert eine straffe, positiv gerichtete Staatsgewalt zur Förderung des Allgemeinwohls; aber er verurteilt die Haltung, die der heutige Staat gegenüber den Unterworfenen einnimmt. In bezug auf das Unternehmertum ist der alte Polizeistaat unter dem Einfluß der kapitalistischen Wirtschaftsordnung beseitigt worden, aber in bezug auf die Arbeiterklasse ist dies nicht geschehen. Während der Kapitalismus sich frei entfalten konnte und sich aller möglichen Freiheiten erfreute — Raubtierfreiheiten nennt sie der bedeutende Rechtslehrer Rudolf von Ihering —, wurde das Proletariat möglichst kurz gehalten. Die kapitalistische Ausbeutungsfreiheit wurde gewährt und geschützt, aber das Recht des Proletariats, sich gegen diese Freiheit zu wehren, wurde beschnitten. Dieses Recht mit doppeltem Maße brachte den Staatsgedanken bei den zum Bewußtsein ihrer Lage erwachten Proletariern in Verfall und das Wort vom kapitalistischen Klassenstaate war bald in aller Munde.uchten die Vertreter des modernen Staates noch so sehr darauf pochen, daß der Staat ein Rechtsstaat sei, sie fanden bei der Sozialdemokratie keinen Glauben, die auf die Klassenjustiz und die ungleiche Behandlung der verschiedenen Volksschichten hinwies. So entwickelte sich eine ausgeprägte Staatsfeindschaft, die den Willen hervorrief, „das morsche Ding, den Staat“, in Scherben zu schlagen und einen sozialistischen Volksstaat, den vielumstrittenen Zukunftsstaat, auf dessen Trümmern zu errichten. Man nannte den Staat die Organisation des Unrechts und es gab sogar Leute, die das Wesen des Staates darin erblickten, die proletarischen Unterworfenen im Zaume zu halten, damit die kapitalistischen Oberschichten ihr Ausbeutungs- und Verlebensrecht nach Herzenslust ausüben könnten. Neben diesen grundsätzlichen Gegnern des Staates kamen im Laufe der Zeit auch Leute auf, die nicht mehr in der Vernichtung des Staates das Heil erblickten, sondern in der Umgestaltung des Staates zugunsten des wehrlosen Volkes.

Kameradschaft.

Als eine Pflicht wird jedem Soldaten bei seinem Eintritt in das Heer treue Kameradschaft ans Herz gelegt. Das gilt besonders für die jetzige Kriegszeit, und auch gerade in der jetzigen Kriegszeit zeigt sich die Kameradschaft von ihrer interessantesten Seite. Den ideellen Wert der Kameradschaft erwartet man zwar im Frieden wie im Kriege im gleichen Maße. Die Soldaten sollen sich als Glieder eines Ganzen fühlen, als gleichberechtigte und gleichverpflichtete Teile einer großen Gemeinschaft. Aber jeht im Kriege kann man so besonders deutlich einen Einfluß dieses kameradschaftlichen Geistes auch auf das praktische Leben erkennen. Gerade jetzt können unsere Soldaten nicht nur kameradschaftlich fühlen, sondern auch in bedeutend weiterem und interessanterem Umfange als im Frieden kameradschaftlich handeln.

Das vermögen wir schon zu erkennen, wenn wir einmal auf Bahnhöfen oder dergleichen das Leben unserer ausrückenden Soldaten beobachten, die in langen Eisenbahnzügen als frischer Ertrag hinausgeführt werden ins Feld. Aus dem Tun und Treiben spricht da zu uns ein den meisten ganz neuer kameradschaftlicher Geist des praktischen Lebens. Da ist der eine darauf bedacht, daß der andere seinen Vorrat an Brennstoff nicht unnütz vergebend oder dergleichen, weil andere Zeiten kommen können, da wird überlegt und gewirtschaftet, daß das Ganze mit den vorhandenen Beständen, zum Beispiel an Licht, möglichst lange auskommt. Zu einer rationalen Gemeinschaft ist hier die Kameradschaft geworden. Und da ein Verstoß gegen dieses Tun und Treiben unkameradschaftlich sein würde, so ist die rationelle Gemeinwirtschaft hier geworden zur sittlichen Pflicht.

Zeigt uns solch ein Bild ins kameradschaftliche Leben unserer Krieger nicht, daß Sittlichkeit und Wirtschaftlichkeit nicht nur zusammen möglich sind, sondern daß ihr Zusammenhang, die Einheit von Sittlichkeit und Wirtschaftlichkeit, sogar nötig ist? Darum ist unser wirtschaftliches Ziel nicht nur ein Ergebnis nüchternen Denkens, sondern das Gefühl der Einheit mit dem Ganzen ist es, das uns zu einem rationalen Wirtschaftsleben zwingt. Wie jene Krieger sich in ihrem militärischen Verbande als gleiche Glieder fühlen, so fühlen wir uns als Glieder einer einen großen Welt. Und darum ist uns die rationelle Wirtschaft im ganzen Menschheitsleben sittliche Menschenpflicht.

Zuviel Menschen!

Vielfach kann man bei unangeführten Menschen die Ansicht vernehmen, der Krieg sei eine notwendige Folge der Ueberbevölkerung. Es wird da gesagt, der Existenzkampf der Masse führe bei der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsweise auch zur unbedingten Bekämpfung der Völker untereinander. Es wird weiter behauptet, der Krieg sei wegen der vielen Menschen für die Ueberlebenden von Nutzen; die gewaltsame Verringerung der Menschenmasse durch den Krieg bringe diesen bessere Existenzmöglichkeiten.

Diese Auffassung ist grundfalsch. Es mag für einzelne der Krieg nutzbringend sein, aber für die Gesamtheit bringt jeder Krieg — ganz gleich, ob siegreich oder nicht — ungeheure Schäden. In der heutigen kapitalistischen Weltordnung haben immer einzelne den Nutzen, wenn es den andern schlecht geht. Die Behauptung der Nützlichkeit des Krieges im Hinblick auf die zu vielen Menschen kann nicht energig genug zurückgewiesen werden.

Wir wissen, welche gewaltigen Fortschritte im letzten Jahrhundert Technik und Chemie gemacht haben. Durch Anwendung von Maschinen aller Art, mit Hilfe von Dampf und Elektrizität ist die Produktionskraft der Menschen vervielfacht, verhundertfach, in einzelnen Fällen vertausendfach worden. In der Spinneret und Weberei, bei der Metall- und Holzindustrie, bei der Lebensmittelproduktion usw. — allüberall kann man mit weniger Arbeitskräften größere Mengen Waren erzeugen. Durch die Fortschritte der besseren Bodenbearbeitung durch Maschinen, durch künstliche Düngung usw. werden die Erntevorräte von Jahr zu Jahr größer, aber die dazu gebrauchten Arbeitskräfte weniger. Die sprunghafte Produktionshäufung und die damit verbundene zeitweise Erwerbslosigkeit bringen viele Menschen auf die Idee, durch den Krieg werden bessere Zeiten kommen.

Zu verstehen ist es aber nicht, daß Menschen die Ansicht vertreten, es seien zuviel Menschen vorhanden, wo in Wirklichkeit zu wenig Menschen sind, um all den Ueberfluß, der produziert wird und noch mehr werden kann, zu verzehren. Warum soll gerade der Krieg, weil er die Zahl der Menschen mindert, bessere Zeiten bringen? — Es ist so tieftraurig, wenn so Hunderttausende der gesündesten und arbeitsfähigsten Menschen vernichtet und aber Hunderttausende zu Krüppeln gemacht werden. Und dies soll notwendig sein, um bessere Zeiten zu bringen? Diese hinverbrannten Egoisten fühlen nicht, daß diese Denkart beinahe tierisch genannt werden muß.

Die Menschheit verfügt über eine reiche Produktionskraft, über eine Produktionskraft, die bei richtiger Organisation es jedem Menschen ermöglicht, ohne Ueberanstrengung ein glückliches, sorgenfreies Leben zu führen. Der Krieg aber mit all seiner Not, seinem Elend, seinem Schmerzen, die er in Millionen Familien trägt, ändert nichts an dem heutigen Wirtschaftssystem; er schafft die Technik und Wissenschaft nicht ab, die gute alte Zeit bringt er nicht wieder, was auch nicht zu wünschen wäre. Nach Beendigung dieses Krieges werden vielleicht für einzelne Berufe zeitweise größere Verdienstmöglichkeiten vorhanden sein, danach kommt wieder

Ueberproduktion und die daraus entstehende Erwerbslosigkeit wird ebenfalls wieder so manchen auf die Idee bringen, es seien zuviel Menschen vorhanden!

Was uns not tut, ist nicht die Vernichtung eines Teiles unserer Mitmenschen, die Erde ist mit solch fabelhaften Reichtümern ausgestattet, daß diese auf Jahrtausende hinaus die mehrfache Bewohnerzahl reichlich ernähren kann, und wahrscheinlich werden die Menschen gar nicht dazu kommen, die gesamten Schätze auszunutzen; denn auch die Ueberbauwissenschaft macht fortwährend neue Entdeckungen und Fortschritte, so daß mit weniger Land größere Ernten hervorgebracht werden. Nicht der Krieg ist das Allheilmittel für die Menschen, sondern die Uebernahme der Produktionsmittel durch die gesamte Menschheit. Grund und Boden, Fabriken, Maschinen, Verkehrsmittel müssen in den Besitz der Gesamtheit übergehen; dadurch können die Fortschritte und Erfindungen allen Menschen zugute, und es wäre nicht mehr notwendig, daß ein großer Teil Menschen Not leidet und deshalb auf die Idee kommt, die „zu vielen Menschen“ bedingen den Krieg. J. A.

Von unsern Kollegen im Felde.

Für hervorragende Tapferkeit hat der Kollege Wehrmann Otto Witte, zurzeit im Reserve-Lazarett Bremerhaven, das Eisene Kreuz erhalten. — Das Eisene Kreuz erhielt Kurt Berger von der Filiale Hamburg für besondere Dienste im Flecktyphus-Seuchenlazarett. Kollege J. A. Schmann-Hamburg teilt mit, daß er ebenfalls das Eisene Kreuz erhalten hat.

Aus Unternehmerkreisen.

Kriegsbeschädigtenfürsorge und Unternehmertum. Die sich die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände die Mitarbeit des Unternehmertums an der Kriegsbeschädigtenfürsorge denkt, lehrt folgende von ihr verbreitete Kundgebung: „Die Frage der Unterbringung der Kriegsbeschädigten in ihren alten Berufen oder in neuen Stellungen, zu deren Ausfüllung sie mit Rücksicht auf ihre erlittene Beschädigung besser befähigt sind, beschäftigt zurzeit lebhaft die Behörden, Arbeitgeber, Arbeitnehmer und andere hierfür interessierte Kreise. Eine große Rolle spielt bei diesen Verhandlungen die Entlohnung der Kriegsbeschädigten. Es ist durchaus folgerichtig und gerecht, dabei nach demselben Grundsatz zu verfahren, der für die Entlohnung von Arbeitern mit Vollbesitz ihrer körperlichen Kräfte und Gliedmaßen maßgebend ist, und demgemäß die Kriegsbeschädigten entsprechend ihren Leistungen zu entlohnen. Es wird nun von mancher Seite die Forderung erhoben, daß die Kriegsbeschädigten in denjenigen Industrien, in welchen Tarifabkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen, nach diesen Tarifabkommen entlohnt werden sollten. Hiermit würde der gesunde Grundsatz, die Kriegsbeschädigten nach ihren Leistungen zu bezahlen, durchbrochen werden; denn die Tarifabkommen beziehen sich naturgemäß nur auf die Entlohnung vollwertiger Arbeitskräfte. Es liegt jedoch kein Anlaß vor, die Kriegsbeschädigten, die zunächst in den Genuss der ihnen zustehenden Renten eintreten, relativ höher zu entlohnen, als die vollwertigen unbeschädigten Arbeiter. Dieses würde aber der Fall sein, wenn die Kriegsbeschädigten nach Tarifabkommen entlohnt würden, obwohl sie mit Rücksicht auf ihren körperlichen Zustand in den meisten Fällen nicht dasselbe wie die unbeschädigten Arbeiter leisten können. Es ist auch zu berücksichtigen, daß durch die Forderung der Entlohnung der Kriegsbeschädigten nach Tarifabkommen den Arbeitgebern die Frage aufgedrängt wird, ob es für sie unter solchen Umständen nicht wirtschaftlicher ist, auf die Beschäftigung von Kriegsbeschädigten überhaupt zu verzichten und nur vollwertige Arbeiter einzustellen. Es liegt daher im Interesse der Kriegsbeschädigten selbst, wenn sie die Entlohnung nach Leistungen als richtig anerkennen, zumal dieser Grundsatz nicht ausschließt, daß kriegsbeschädigte Arbeiter dasselbe verdienen wie unbeschädigte.“

Aus diesem Schriftsatz ist trotz aller wohlwollenden Nebenarten und Verbrämungen Flöcklein unschwer zu erkennen, daß eine Kriegsbeschädigtenfürsorge nach dem Dingen der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände nichts anderes als eine Fürsorge für solche Unternehmer sein würde, die mit Hilfe der Kriegsbeschädigten die Lohnverhältnisse der Arbeitererschaft herabdrücken möchten.

Das geht nicht nur aus dem Sturmlauf der Vereinigung gegen die Entlohnung der Kriegsbeschädigten nach tariflichen Sätzen, sondern auch aus der Wendung hervor, daß für die Unternehmer kein Anlaß vorliege, die Kriegsbeschädigten, die zunächst in den Genuss der ihnen zustehenden Rente eintreten, relativ höher zu entlohnen als die vollwertigen unbeschädigten Arbeiter. Diese Wendung verrät die Absicht, die Rente allgemein vom Lohn abzuziehen, wogegen sich die Arbeitererschaft durch ihre Organisationen im Interesse der Kriegsbeschädigten mit aller Entschiedenheit wenden wird.

Die unternehmerliche Kriegsbeschädigtenfürsorge wird aber besonders gekennzeichnet durch den Satz der Kundgebung, daß durch die Forderung der Entlohnung der Kriegsbeschädigten nach Tarifabkommen den Arbeitgebern die Frage aufgedrängt wird, ob es für sie unter solchen Umständen nicht wirtschaftlicher sei, auf die Beschäftigung von Kriegsbeschädigten überhaupt zu verzichten und nur vollwertige Arbeiter einzustellen. Die ganze Kriegsbeschädigtenfürsorge erscheint also der Vereinigung zwecklos, sofern die Unternehmer den Kriegsbeschädigten tarifmäßige Löhne bezahlen sollen, die jede Ausnutzung der Kriegsbeschädigten zur Lohnrückerei vereiteln! Das sagt jedenfalls genug.

Gewerkschaftliches.

Der „Proletarier“, das Verbandsorgan des Fabrikarbeiterverbandes, feiert in seiner Nr. 31 das fünfzigjährige Jubiläum des Genossen August Breh als Vorsitzender des Verbandes. Die Wahl erfolgte auf dem Fabrikarbeiterkongress in Hannover (20. Juni bis 2. Juli 1900), und am 2. August übernahm Breh das schwierige Amt. Was Breh der gesamten Arbeiterbewegung Deutschlands geleistet hat, läßt sich in wenigen

Zeilen nicht zusammenfassen. Möge dem Jubilar in seinem Bestreben ein noch längeres und ebenso erfolgreiches Wirken beschieden sein.

Karl Eberhardt, der Redakteur der „Ameise“, des Verbandes der Porzellanarbeiter Deutschlands, hat am 25. Juli auf dem Schlachtfeld in Polen den Tod gefunden. Ein Herzschuß setzte seinem Leben ein Ziel. Eberhardt war ein Eisenbergler Kind. Alle Sorgen und Leiden des Proletariats sind ihm nicht erspart geblieben. Mit ganzem Herzen hing er an der Arbeiterbewegung. Fast zehn Jahre lang hat er neben seiner Berufsarbeit den arbeitsreichen Posten des Zahlstellenassistenten des Porzellanarbeiters in Eisenberg bekleidet und manche Stunde nach Feierabend und Sonntags geopfert. Während der Kriege des Jahres 1908 war er lange Zeit arbeitslos, ehe es ihm wieder gelingen konnte, Arbeit zu erhalten. Im Jahre 1912 wurde er an Stelle des Genossen Bietlich Redakteur der „Ameise“. Nur wenige Jahre sollte er seine neue Tätigkeit ausüben. Der Krieg zwang auch ihn, die Feder mit dem Schwerte zu vertauschen, bis ihn am 25. Juli das Schicksal ereilte. Während die Granaten und Gewehrfeuer ihn umfaßten, gedachte er seiner Organisation. In Feldpostbriefen an die „Ameise“ richtete er aus dem Schützengraben an die Mitglieder die Mahnung, fest und treu zur Organisation zu halten. Alle, die ihn kannten, werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren. Eberhardt stand im 43. Lebensjahre.

Einem Aufruf für die Wahlen der Sicherheitsmänner geben die Vorstände des Deutschen Bergarbeiterverbandes, des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter, der Polnischen Berufsvereinigung und des Gewerkevereins der Bergarbeiter S.-D. Es handelt sich für diese Organisationen darum, daß unter allen Umständen die Wahl von gelben Bechtelandidaten verhindert wird. Daran haben die Arbeiter insgesamt, namentlich aber die gewerkschaftlich organisierten, ein hohes Interesse. Deshalb müssen die Mitglieder der vier gewerkschaftlichen Bergarbeiterverbände überall gemeinsam vorgehen und gemeinsam die Wahl von Bechtelandidaten verhindern.

Der Vorstand des Transportarbeiterverbandes veröffentlicht im „Courier“ folgende Erklärung:

„Das von einigen Sonderbündlern in der sozialdemokratischen Partei herausgegebene und auch an Gewerkschaftsfunktionäre verhandte Flugblatt, in welchem die Partei zu einer Aenderung der seit Kriegsausbruch eingegangenen Haltung aufgefordert wird, ist, wie wir festgestellt haben, auch von drei Funktionären unseres Verbandes, und zwar den Bevollmächtigten der Verwaltungsstellen Götha und Hof i. W., Beckmann und Ludwig sowie dem Hauptkassierer Kahler unterzeichnet worden.“

Die betreffenden Kollegen haben sich nicht damit begnügt, ihre Namen unter das genannte Flugblatt zu setzen, sondern auch daneben angegeben, welche Funktionen sie in unserem Verbandsverbande ausüben.

Da hierdurch der Eindruck hervorgerufen werden könnte, als ob die von den Unterzeichnern des Flugblattes vertretene Auffassung auch von Körperschaften beziehungsweise Mitgliedschaften unserer Organisation geteilt respektive propagiert wird, sehen wir uns veranlaßt, zu erklären:

Die unserem Verbandsverbande angehörenden Mitunterzeichner des Flugblattes sind weder beauftragt noch beauftragt, diese oder ähnliche Kundgebungen als Funktionäre des Verbandes zu unterzeichnen. Die von den genannten Kollegen propagierte Auffassung entspricht auch nicht der von den Verbandskörperschaften vertretenen Ansicht. Folgerichtig muß die Unterschrift beigefügte Titel- respektive Funktionsangabe — weil irreführend — als unzulässig bezeichnet werden.

Die Tarifbewegung des Zimmererverbandes im Jahre 1914 nahm gegenüber dem Vorjahre erheblich zu. Während am Jahresende 1913 erst 199 Tarifverträge bestanden, die nur 20 pSt. der Verbandsmitglieder umfaßten, so war die Zahl der Tarifverträge am 31. Dezember 1914 auf 447 gestiegen, die 45,49 pSt. der Verbandsmitglieder in sich vereinigten. Von diesen waren 311 Reichstiftungsverträge und 136 örtliche Verträge, die der Genehmigung durch die Zentralorganisationen nicht bedurften. Immerhin bleibt das Ergebnis auch dieses Jahres noch ganz erheblich hinter dem Stande am 31. Dezember 1912 zurück, wo 698 Tarifverträge Gültigkeit hatten, die 90 pSt. der Verbandsmitglieder umfaßten. Für 404 Verbandsstellen mit 28 982 Mitgliedern standen am Jahresende noch immer die Verträge aus. Alle diese Zahlstellen hatten in der Tarifvertragsperiode 1910/13 unter Vertrag gestanden. Für sie mußte daher nach den Bestimmungen des Reichstiftungsvertrages ein neuer Vertrag abgeschlossen werden. Das ist jedenfalls ein wenig günstiges Zeichen für die Zentralisierung des Vertragswesens im Baugewerbe, daß der Umfang des Vertragsgebietes anstatt zu abnimmt. Aus folgender Tabelle wird das besonders ersichtlich:

Jahr	Tarifverträge	Geltungsbereich			
		Orte	Betriebe	Zimmerer	Mitglieder
1907.....	402	2842	5914	46019	—
1908.....	400	3165	6186	48821	36584
1909.....	419	3878	7037	49751	39545
1910.....	490	7731	7141	53596	40843
1911.....	630	9202	8872	67074	50371
1912.....	697	12896	9684	73527	56268
1913.....	199	2392	2355	15428	12000
1914.....	447	8281	5216	36585	28510

Die Vertragszentralisation im Baugewerbe ist eine Forderung der Unternehmer, nicht der Arbeiter. Man könnte dann aber erwarten, daß die Unternehmer der lokalen Vertragsverneuerung nicht solche Hindernisse bereiten, nachdem Einigkeit hinsichtlich der zentralen Vertragsbestimmungen erreicht wurde. Das ist aber doch der

Fall. Tatsächlich geht die ganze Tarifperiode mit der Erneuerung der lokalen Verträge zu Ende. Zurzeit spielt zwar der Kriegszustand eine wichtige Rolle; aber auch vor dem Kriege haben die Unternehmer die gleiche Taktik befolgt. Das ist auf die Dauer ein für die Arbeiter untraglicher Zustand.

Arbeiterversicherung.

Statistik der Groß-Berliner Krankenkassen. Die Gesamtzahl der versicherungspflichtigen Mitglieder von 288 Krankenkassen sank nach dem Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Berlin und des Verbandes Märktischer Arbeiternachweise in der Woche vom 17. bis zum 24. Juli von 1 118 828 auf 1 116 766, das ist um 2057 oder 0,18 pSt. Während das männliche Geschlecht eine Abnahme um 4391 oder 0,82 pSt. aufweist, stieg die Zahl der weiblichen Versicherungspflichtigen um 2384 oder 0,40 pSt. Bei den 28 Allgemeinen Ortskrankenkassen steht einem Weniger um 2236 oder 0,88 pSt. Männer ein 1886 oder 0,82 pSt. betragendes Mehr an versicherungspflichtigen Frauen gegenüber. Bei der Berliner Allgemeinen Ortskrankenkasse insbesondere wird der Rückgang um 968 oder 0,88 pSt. versicherungspflichtige Männer durch die Zunahme um 957 oder 0,41 pSt. beim weiblichen Geschlecht nahezu vollständig ausgeglichen. Wenn sich bei den 207 gewerblich gegliederten Krankenkassen bei den Männern wieder eine übrigens hier, wie auch bei den vorherbehandelten Klassen, teilweise auf militärische Einberufungen und das Nachlassen von Kriegsbedarf zurückzuführen Abnahme um 2159 oder 0,82 pSt. ergibt, so setzt sie sich doch aus verhältnismäßig nur geringen Beträgen in den einzelnen Gewerbegruppen zusammen. Dagegen ist das für deren Gesamtheit festzustellende Mehr von 1025 oder 0,67 pSt. Frauen hauptsächlich durch eine Gewerbegruppe, die Metall- und Maschinenindustrie, herbeigeführt, in der die Zahl der weiblichen Beschäftigten um 1822 oder 1,84 pSt. gestiegen ist, womit übrigens die Abnahme bei den Männern mehr als ausgeglichen ist, so daß sich für diese Gruppe im ganzen ein Gewinn um 880 oder 0,16 pSt. ergibt. Eine gleichfalls dem weiblichen Geschlecht zu verdankende Steigerung der Zahl der versicherungspflichtigen Personen ist auch für die chemische Industrie festzustellen. Unter den eine Abnahme aufweisenden Gewerbegruppen sei die des Baugewerbes — um 268 oder 2,16 pSt. — sowie der Papier- und Lederindustrie — um 207 oder 1,88 pSt. — angemerkt. Die Zahl der bei 39 Verbänden der freien Gewerkschaften ermittelten Arbeitslosen sank in der Woche vom 19. bis zum 26. Juli von 8354 auf 8100, das ist um 254 oder 7,57 pSt., und zwar wesentlich unter dem Einfluß militärischer Einberufungen, die insbesondere bei der je 78 betragenden Abnahme der arbeitslosen Gastwirtsgehilfen und Holzarbeiter wirksam waren. Bei den übrigen Fachverbänden handelt es sich durchweg nur um geringfügige Veränderungen.

Bewerbe- und soziale Hygiene.

Zuckerbehandlung eiternder Wunden. Zu den zahlreichen Mitteln, die heute von medizinischer Seite auf Grund der in diesem Felde gemachten Massenerfahrungen zur Behandlung stark eiternder Wunden empfohlen werden, um eine möglichst schnelle Reinigung der Wunde und eine gesunde Granulation zu erzeugen, hat sich neuerdings der Zucker gestellt. Dr. Fadenheim berichtet in der „Münchener medizinischen Wochenschrift“ über die ganz ausgezeichneten Erfolge, die in dem Reservelazarett Cassel mit diesem einfachen Mittel erzielt wurden. In dem genannten Lazarett wurde bei stark beschmutzten und eiternden Wunden neben den gebräuchlichen antiseptischen Mitteln (Jodoform, Dermato, Tellurid usw.) in der Hälfte aller Fälle der gewöhnliche Kristallzucker benutzt. Die Wunde wurde mit dem Zucker eingepudert; mit steriler Gaze tamponiert und mit Zellstoff bedeckt. Jeden zweiten Tag wurde der Verband erneuert. Der Erfolg war überraschend. Innerhalb vier bis sechs Tagen reinigten sich die Wunden vollständig, und durch Bildung gesunder, kräftiger Granulationen trat auch bei großen Weichteildefekten vollständige Heilung ein. Der Zucker wurde auch bei tiefverlaufenden eitrigen Kanälen in Form zuckerhaltiger Gazetampouren verwendet; ferner wurden Spülungen und Umschläge mit sterilisierter Zuckerslösung gemacht und endlich auch infizierte Knochenbrüche der Zuckerbehandlung unterzogen. In allen Fällen war der Erfolg ausgezeichnet. Nach Dr. Fadenheim liegen die Vorteile der Zuckerbehandlung erstens in einer schnell eintretenden Reinigung der Wunde, zweitens in einer stark anregenden Granulation, drittens in einer starken Anregung der Epithelisierung (Ueberhäutung) und vierthens in der Billigkeit und Geruchlosigkeit der Behandlung. Schädigende Einflüsse wurden in keinem Falle beobachtet.

Sozialpolitisches.

Beschlagnahme gebrachter und ungebrachter Waren aus Kupfer, Messing und Nickel. Die am 31. Juli dieses Jahres von den Generalkommandos erlassene Verordnung über die Beschlagnahme von Gegenständen aus Kupfer, Messing und Nickel betrifft im Gegensatz zu den verschiedenen bisher von den Generalkommandos erlassenen Beschlagnahmeverordnungen nicht nur Händler und Fabrikanten, sondern auch alle privaten Haushaltungen und Hauseigentümer. Die Beschlagnahme bezieht sich auch auf alle gebrachten oder ungebrauchten Geschirre und Wirtschaftsgüter für Küchen aus Kupfer, Messing oder Reinmetall, wie beispielsweise Kochkessel und Einlegekessel, Marmeladenkessel, Töpfe, Fruchtbocher, Servierplatten, Pfannen, Backformen, Kasserollen, Rührer, Schüsseln und Mörtel. Außer den Geschirren und Wirtschaftsgütern für Küchen unterliegen ferner der Beschlagnahme alle kupfernen und messingenen Waschkessel, Türen an Kachelöfen, an Kochmaschinen und an Herden, ferner alle kupfernen und

messingenen Badewannen, Warmwasserschiffe, Warmwasserbehälter, Warmwasserblasen, Warmwasserhähnen, Druckkessel, Warmwasserbereiter (Boiler) in Herden und Kochmaschinen, Wasserfaßen und eingebaute Kessel aller Art; dagegen nicht Badewannen. Von Gegenständen aus Nickel werden außer den oben genannten Geschirren und Wirtschaftsgütern jeder Art für Küchen und Backstuben von der Beschlagnahme betroffen nickelne Einfäße für Kocheinrichtungen, wie Kessel, Deckelschalen, Innentöpfe, nickelne Deckeln an Kippkesseln, Kartoffeleinfäße, Fischereinfäße, Fleischereinfäße und Reinmetallarmaturen. Verboten ist die Vornahme von Veränderungen an den von der Beschlagnahme betroffenen Gegenständen und von rechtsgeschäftlichen Verfügungen über dieselben, es sei denn, daß die Veränderungen oder Verfügungen von den zuständigen Amtsstellen ausdrücklich genehmigt sind. Die Besitzer sind verpflichtet, die Gegenstände sorgfältig aufzubewahren und zu behandeln, doch bleibt den Besitzern die Befugnis zum einseitigen ordnungsmäßigen Gebrauch. Die Durchführung der Verordnung ist den Kommunalverbänden übertragen. In der Zeit bis zum 25. September dieses Jahres wird sich die Tätigkeit der Kommunalverbände voraussichtlich auf die Einsammlung der freiwillig von den Eigentümern eingelieferten beschlagnahmten Gegenstände beschränken. Nach dem 25. September dieses Jahres beginnt eine statistische Aufnahme über die noch nicht zur Ablieferung gelangten beschlagnahmten Gegenstände; die näheren Bestimmungen über die später in Betracht kommende Einziehung der Gegenstände auf Grund der Bestandaufnahme sind noch vorbehalten. Für die zur Ablieferung gelangenden Gegenstände wird bei Sachen aus Kupfer ein Preis von M 4, bei solchen aus Messing ein Preis von M 3, bei Sachen aus Nickel ein Preis von M 18 für das Kilogramm bezahlt; sind Gegenstände mit Beschlägen aus Holz, Eisen oder andern Stoffen, insbesondere mit Oesen, Ringen, Handhaben, Stielen, Griffen usw. aus solchen Stoffen versehen, so sind die Vergütungen niedriger bemessen.

Die näheren Bestimmungen darüber, welchen Behörden die Durchführung der Verordnung übertragen wird und wo die beschlagnahmten Gegenstände abgeliefert werden können, werden noch bekanntgemacht werden.

Keine Volkszählung am 1. Dezember 1915. Die Volkszählung 1915, die nach den bisherigen Gepflogenheiten am 1. Dezember 1915 stattfinden würde, wird nach einer Mitteilung des kaiserlichen Statistischen Amtes nicht an diesem Tage abgehalten, sondern auf einen noch später zu bestimmenden Termin verlegt werden. Das Reichsamt des Innern hat Anweisung ergehen lassen, die Frage der Veranstellung der nächsten Volkszählung wegen der durch den Krieg bedingten Aenderung der Verhältnisse bis nach Friedensschluß zurückzustellen.

Vom Ausland.

Beurteilung Deutschlands durch einen englischen Arbeiterführer. Der englische Gewerkschafter und Sozialist E. D. Morel schreibt am Schluß einer Artikelserie in der gegen die Kriegsheer tapfer ankämpfenden Wochenschrift der Unabhängigen Arbeiterpartei „Labour Leader“:

1. Es war allgemein bekannt, daß, sobald die Eifersucht zwischen Rußland und Oesterreich auf dem Balkan zu einem Kriege führte, a) Frankreich sich gegen Deutschland bei Rußland anschließen, b) Deutschland in diesem Falle gezwungen sein würde, gegen zwei Fronten zu kämpfen, c) Deutschland unmittelfach Frankreich angreifen und d) Deutschland deshalb wahrscheinlich über belgisches Gebiet vorrücken müßte. Daraus folgt, daß Deutschlands Angriff auf Frankreich nicht unbedeutend und ohne Not erfolgte und an sich kein Beweis ist, daß es den Wunsch hatte, Europa sich zu unterwerfen. Es war vielmehr der unvermeidliche Beginn des allgemeinen europäischen Krieges, geführt nach dem System der Bündnisverhältnisse und Gruppierungen, die Europa in zwei Waffenlager geteilt hatte. Das alles hat man bereits Jahre zuvor als unvermeidlich erklärt. Die Besetzung Belgiens durch Deutschland — stillkriegerisch — war auch zuvor so gut wie sicher. 2. Der Militarismus ist kein ausschließlich deutsches Produkt. Mit Ausnahme des Guerillakrieges, den es in Deutsch-Südwestafrika zur Dämpfung des Hereroaufstandes führen mußte, hat Deutschland, trotz all seines Militarismus, 43 Jahre lang sein Schwert in der Scheide gehalten, dieweil alle seine gegenwärtigen Feinde in der Zwischenzeit Krieg führten und damit ausgedehnte Gebiete erwarben oder zu erwerben suchten. Deutschland ruhte sich zum Kriege aus und brachte seine Vorbereitungen zum höchsten Grade der Vollkommenheit, was auch aus der Art seiner wissenschaftlichen und industriellen Organisation deutlich hervorgeht. Wenn Kriegsvorbereitungen ein Zeichen sein sollen, daß man einen Krieg wünscht oder plant, dann gilt das von Deutschland nicht mehr als von seinem Feind. Denn in den zehn Jahren vor dem Kriege haben gerade seine Gegner viel mehr für diese Vorbereitungen ausgegeben als Deutschland und Oesterreich zusammen. Rußland und Frankreich haben in dieser Zeit für ihre Armeen 159 798 921 Pfund Sterling mehr ausgegeben als Deutschland und Oesterreich, und ihre Armeen waren doch viel stärker als die der Zentralstaaten. Im gleichen Zeitraum haben Rußland und Frankreich zusammen rund 70 Millionen Pfund Sterling mehr für ihre Flotte ausgegeben als Deutschland und Oesterreich zusammen. Und wenn man annimmt, was ja ohne Zweifel zutrifft, daß Deutschland mit der Möglichkeit gerechnet hat, in einem europäischen Krieg auch die englische Flotte gegen sich zu haben, dann haben die drei Staaten in jener Zeit für ihre Seemacht nahezu 462 Millionen Pfund Sterling mehr verausgabt als die Zentralstaaten. Meer und Flotte zusammengenommen, haben Rußland und Frankreich von 1905 bis 1914 ungefähr 230 Millionen Pfund Sterling mehr für die Kriegsvorbereitungen ausgegeben als Deutschland und Oesterreich zusammen, und wenn man Englands Flottenausgabe hinzurechnet, erhöht sich diese Summe der drei Staaten auf eine Mehrausgabe von rund 621 780 000 Pfund Sterling gegenüber den Gesamtausgaben Deutschlands und Oesterreichs zusammen. Das Resultat dieser Betrachtungen ist, daß man Deutschlands Rüstungen nicht als Beweis für einen Plan zur Eroberung und Unterwerfung Europas

ansehen kann. Man nimmt sich etwas derartiges nicht vor, wenn die zu unterwerfenden Völker, was die Zahl betrifft, das eigene Volk enorm übertreffen und die Gegner Hunderte Millionen Pfund Sterling mehr für Kriegsvorbereitungen ausgegeben. Deutschland behauptet, daß die Kriegsvorbereitungen seiner möglichen Feinde auf eine Unterwerfung Deutschlands abgezielt hätten. Wenn man die Zahlen als Grundlage und Beweis annimmt, ist es zum mindesten im Recht. Die Wahrheit ist allerdings, daß die eine vor der andern Gruppe in Aeter Furcht gelebt hat. 8. Deutschlands Furcht war berechtigt und natürlich, wie das auch lange vor Ausbruch des Krieges englische und französische Staatsleute sowie Militärschriftsteller zugaben. Diese Furcht verstärkte sich in dem Maße, wie Deutschlands militärische Kraft im Verhältnis zu der seiner vermeintlichen Gegner ins Hintertreffen geriet. Wäre es Deutschlands Wunsch gewesen, Europa zu unterwerfen, dann hätte es Frankreich und Rußland bei Gelegenheiten verschiedenster Art, so lange es in den letzten zwanzig Jahren militärisch stärker war und mit Sicherheit einen schnellen Erfolg erhoffen konnte, bestimmt angegriffen. Wäre es Deutschlands Lebensziel gewesen, das britische Reich zu erobern, dann hätte es zur Zeit des Burenkrieges mit Leichtigkeit Frankreich wiederworfen oder sich mit Frankreich und Rußland gegen Großbritannien verbinden können. Es gibt gute Gründe genug, die zu der Annahme leiten, daß man es damals genugsam dazu angepornt hat. Das Resümee ist, daß die Verschuldigung, Deutschland wäre allein für den Krieg verantwortlich und hätte diesen abscheulichen Weltkrieg heraufbeschworen, lediglich um seine Ehrsucht zu befriedigen, für verständige Menschen lächerlich klingt.

Eine Frage!

Leider selbst in dieser Stunde
Blüht gewisser Schweinehund
Kalte Niederträchtigkeit,
Die sich ihre Niemen schneiden
Aus dem Hunger und den Leiden
Und der Not der harten Zeit!

Draußen hält millionenfache
Schwere Schwielenfaust die Wache
Für die Lieben und das Land —
Drinnen traktet um Brot und Mehle,
Um des Volkes mag're Kehle
Sich des Wuchers freche Hand!

Draußen schützen die Soldaten
Ihrer Heimat Vieh und Saaten
Vor dem räuberischen Schwert —
Drinnen werden ihre Weiber
Durch die Lebensmitteltreiber
Ausgeraubt am eignen Herd!

Eine Frage in die Runde:
Wie lang darf noch dieser Hund
Kalte Niederträchtigkeit
Ihrer Gabrier Niemen schneiden
Aus dem Hunger und den Leiden
Und der Not der harten Zeit?

H. De Nora in der „Jugend“.

Verschiedenes.

Ein Jahr Weltkrieg. Nach amtlicher Bekanntgabe stellt sich das militärische Ergebnis wie folgt:

1. Die Zentralmächte haben bisher vom feindlichen Gebiet besetzt: Belgien 29 000 Quadratkilometer, Frankreich 21 000 Quadratkilometer, Rußland 130 000 Quadratkilometer; im ganzen 180 000 Quadratkilometer. — Der Feind hat besetzt: Elsaß 1050 Quadratkilometer, Galizien 10 000 Quadratkilometer; im ganzen 11 050 Quadratkilometer. 2. Die Gesamtzahl der Kriegsgefangenen betrug mit Ablauf des ersten Kriegsjahres:

In deutschen Gefangenenerlagern und Lazaretten	898 869
Als Arbeiter beschäftigt	40 000
In den letzten Wochen gefangen genommen, noch unterwegs zu den Gefangenenerlagern	120 000
In Deutschland im ganzen	1 058 869
In Oesterreich-Ungarn im ganzen etwa	636 534
Das ergibt eine Gesamtzahl von rund	1 695 400

An Kriegsgefangenen Russen befinden sich darunter: in Deutschland 5600 Offiziere, 720 000 Unteroffiziere und Mannschaften, in Oesterreich-Ungarn 3190 Offiziere, 610 000 Unteroffiziere und Mannschaften, davon ein großer Teil durch deutsche Truppen gefangen genommen. Gesamtzahl der russischen Kriegsgefangenen 8790 Offiziere, 1 330 000 Unteroffiziere und Mannschaften. An Kriegsbeute waren in deutschen Sammelstellen bis zum Juni gezählt 5834 erbeutete Geschütze, 1556 erbeutete Maschinengewehre. Ein großer Teil der erbeuteten Geschütze und Maschinengewehre ist aber nicht zurückerhalten, sondern blieb bei den Truppen zur Verwendung gegen den Feind. Genane Zahlen hierzu fehlen. Im ganzen kann man mit einer Kriegsbeute von 7000 bis 8000 Geschützen, 2000 bis 3000 Maschinengewehren rechnen. Je intensiver dieser glänzende Siegeszug der verbündeten Heere fortschreitet, desto eher ist Aussicht auf Frieden vorhanden.

Literarisches.

„Internationale Korrespondenz“. (IK). Diese gut geleitete Korrespondenz erscheint in einer besonderen Wochenansgabe, einseitig bedruckt, für Funktionäre und andere Interessenten der Arbeiterbewegung. Sie dient als Informations-

quelle über alle Vorgänge des Auslandes, soweit diese die Arbeitererschaft besonders interessieren, und bringt dazu in sorgfältigen Uebersetzungen die wichtigsten Rundgebungen der Organisationen des Auslandes, bedeutender Arbeiterführer usw. Probenummern verlange man gratis und franko von A. Baumeister, Berlin-Karlshorst.

Prinzip oder Romantik! Sozialistische Betrachtungen zum Weltkrieg. Von Dr. Max Adler. Wien. Verlag der Fränkischen Verlaganstalt und Buchdruckerei G. m. b. H. in Nürnberg.

Die 64 Seiten starke Broschüre bietet für jeden Sozialisten so viele anregende Gedanken, daß keiner, der es ernst mit seiner Partei und vor allem mit der Solidarität der Arbeiterklasse aller Länder nimmt, achlos an ihr vorübergehen kann. Wir empfehlen deshalb jedem die Anschaffung der Schrift auf das wärmste, zumal auch der Preis (50 ¢) ein mäßiger ist.

Die Sozialdemokratie am Scheidewege. Unter diesem Titel ist im Verlag der Buchdruckerei G. m. b. H. in Karlsruhe eine Broschüre des Genossen Wilh. Kolb erschienen. Wie der Verfasser in der Einleitung bemerkt, sind in der deutschen Politik tiefgehende Veränderungen zu erwarten. Ob die politische Entwicklung vorwärts oder rückwärts gehe, das hänge nicht von Theorien, sondern in erster Linie von der künftigen politischen Praxis der Sozialdemokratie ab. Das innere Problem der deutschen Politik sei unzertrennlich mit den inneren Problemen der Sozialdemokratie verbunden. Die Differenzen in der Sozialdemokratie, die sich nicht auf die sozialistischen Grundsätze und Forderungen, sondern auf das Wie ihrer Verwirklichung beziehen, drängten zu einer klaren Entscheidung. Nach der Auffassung des Verfassers kann diese Entscheidung nur in der Richtung einer logischen Fortsetzung der seit 4. August v. J. inaugurierten Politik der Sozialdemokratie fallen. Die Sozialdemokratie müsse endlich den Mut haben, das zu scheinen, was sie ist: eine sozialistisch-demokratische Reformpartei, deren politische und historische Aufgabe es sei, die Geburtswehen der werdenden sozialistischen Gesellschaft abzulösen und zu mildern. Das sei aber nur möglich, wenn die Sozialdemokratie die auf die Zusammenbruch- und Revolutionstheorie prinzipiell festgelegte Politik der Negation preisgäbe und eine positive Stellung gegenüber dem heutigen Staat und seinen Institutionen einnehme. Die Bewilligung der Kriegskredite seitens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bedeute einen Bruch mit der bisherigen Politik der prinzipiellen Negation. Ein Zurück auf dem am 4. August 1914 betretenen Wege sei für die Sozialdemokratie unmöglich, wenn sie nicht zwischen sich und der Masse der Arbeiter vor allem der Gewerkschaften, eine Kluft aufreißen wolle, die nur schwer wieder überbrückt werden könne. Die Sozialdemokratie müsse, wenn eine Neuorientierung der deutschen Politik möglich gemacht und durchgeführt werden solle, künftig ihre Politik und Taktik auf den lebendigen Prozess der Entwicklung einstellen. Ein Kompromiß zwischen den beiden sich extrem gegenüberstehenden Auffassungen, von welchen jede ihre eigene bestimmte Taktik bedinge, sei nicht mehr möglich. Jetzt gebe es nur noch ein Entweder — Oder. Die Sozialdemokratie stehe vor der Entscheidung, in ihrer inneren Entwicklung den letzten Schritt von der sozial-revolutionären Seite zur politischen Partei zu machen. — Wir empfehlen unsern Lesern die beachtenswerte Schrift; denn wir sind überzeugt, daß der Verfasser nur das Beste für die Arbeiterbewegung erwünscht. Die Vereinsausgabe kostet 50 ¢ das Exemplar.

Sterbetafel.

Dresden. Am 4. August starb der Kollege Georg Müller im Alter von 45 Jahren an Lungen- und Kehlkopfleiden.
Gotha. Am 5. August verschied nach längerer Krankheit unser Mitglied Hermann Kruspe im Alter von 18 Jahren an Bleivergiftung.
Kiel. Am 10. August starb an Herzschlag unser langjähriges Mitglied Heinrich Dohse im Alter von 27 Jahren.
Strasburg i. E. Am 29. Juni starb unser langjähriges und treues Mitglied Wilhelm Böllmann infolge Bleivergiftung.

Ehre ihrem Andenken!

Grosses Sparsystem

zum Bezug von wenig getragenen Herrenkleidern!
Ich empfehle Jedermann, sich ohne Verbindlichkeit meinen grossen illustrierten Katalog über **Herrenkleider, vom besten Publikum stammend,** kostenlos und portofrei kommen zu lassen.

Anzüge in allen Formen Mk. 12,- bis Mk. 45,-
Ueberzieher und Ulster „ 6,- „ 40,-
Hosen „ 3,- „ 12,-

Jede, auch die kleinste Bestellung wird sorgfältig ausgeführt! Für nicht gefallende Waren sende ich anstandslos das Geld zurück.

L. Spielmann,
Versandhaus für wenig getragene Kavalierekleider,
München 113, Gärtnerplatz 1 u. 2.

Abrechnung vom zweiten Quartal 1915

Einnahme.

A. der Filialen:

Beiträge	M. 129 258,00
Eintrittsgelder	1858,50
Duplikate	12,50
Kalender	179,80
Vorstandsberichte	182,-
Zeitschriften	8072,-
Sonstige Einnahme	9,10

B. der Hauptkasse:

Zinsen	5489,00
Vom Gehalt der im Hauptbureau Beschäftigten abgegeben	449,85
Von Kollegen aus Neunort durch das Internationale Sekretariat	1468,44
Sonstiges	88,80
Summa	M. 151 497,59

Ausgabe.

A. der Filialen:

Arbeitslofenunterstützung	M. 161,90
Krankenunterstützung	25 488,80
Reiseunterstützung	87,-
Sterbeunterstützung	6 170,-
Gemäßregelunterstützung	64,80
Familienunterstützung	64,-
Rechtschutz	16,50
Besonderer Zuschuß	9 091,66
Versicherungsbeiträge der Filialangestellten	1 957,29
Beiträge und Eintrittsgelder der Filialen	82 802,90
Gehalt an die Familien der einberufenen Angestellten	8 021,06
Sonstige Ausgaben	187,70

B. der Hauptkasse:

Agitation vom Vorstand und Konferenzen	616,10
„Vereins-Anzeiger“	5 741,40
Beitrag an das Internationale Sekretariat	1 746,40
Unterstützung an andere Gewerkschaften	4 276,-
Statistik	147,50
Bibliothek	122,50
Verbindliche Verwaltungskosten	6 888,40
Sachliche Verwaltungskosten	8 984,11
Inventar	842,-
Kosten der Agitationskommissionen	8 661,88
Ueberschuß im zweiten Quartal	40 874,61
Summa	M. 151 497,59

H. Dentler, Kassierer.
Revidiert und richtig befunden:
Hamburg, den 6. August 1915.
Otto Streine, Vorsitzender, F. Reich, Sekretär,
Dr. Böhl, W. Mohr, Revisoren.

Vereinsteil.

Bekanntmachungen.

Dem Mitgliede Johannes Ungewitter, Buch Nr. 87819, ist neben andern Papieren auch das Verbandsbuch auf dem Hauptbahnhofe in Leipzig mißsam dem Dieb gestohlen worden. Da anzunehmen ist, daß der Dieb Unfug mit dem Buche treiben könnte, und da es sich hierbei wahrscheinlich um einen fremden unorganisierten Mäler handeln kann, ersuchen wir die Kollegen respektive Verwaltungen um besondere Aufmerksamkeit. **Der Verbandsvorstand.**

Bericht der Hauptkasse vom 9. bis 14. August.

Eingefandt wurden für die Hauptkasse: Neustadt M. 62, Regensburg 110, Passau 14,86, Frankfurt a. M. 400, Cuxhaven 85, Braubenz 50, Erfurt 800, Offen 260, Wilhelmshaven 800, Bremen 400; für den „Vereins-Anzeiger“: Hamburg 24, Stuttgart 17,85.

Material wurde verandt (B = Beitragsmarken, K = Kalender): Nürnberg 800 B à 125 ¢, Potsdam 1 K. 2500 B à 95 ¢

Die Woche vom 22. bis 28. August ist die 34. Beitragswoche. **H. Dentler, Kassierer.**

Farben — Lacke

Bronze — Gold — Dunkel — Schablonen — Arbeitskleider — alle Malerartikel — Schreibensbeste empfiehlt billigst in anerkannt tabelloser Qualität. Man verlange Preis.
G. Job, Nürnberg 5,
Fetschgasse 13.

Weisse Wasserglas-Schmierseife

A 20 pro Zentner, in Holzkübeln netto, in Blechwannen brutto für netto

Seifenpulver

lose in Säcken, A 20 pro Zentner liefert von 100 Pfund an unter Nachnahme franko jeder deutschen Bahnstation

Seifenfabrik S. Strauss
Offenbach a. M.

— Tüchtige Vertreter gesucht —

Der heutigen Nummer liegt Nr. 33 des „Korrespondenzblattes“ bei.